



Prof. Dr. Alexander S. Kritikos,  
Forschungsdirektor im Bereich Vorstand  
des DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors  
wieder.

# 25 Jahre Maastricht: Zeit für ein neues Projekt und bessere Anreizstrukturen

Auch im neunten Jahr der Wirtschaftskrise ist Griechenland von einer Genesung immer noch weit entfernt. Kein gutes Zeugnis, weder für die griechischen Regierungen, sieben an der Zahl, noch für die EU. Keine der drei wichtigsten Reformen zur Stärkung der Wirtschaft – eine effizientere Verwaltung, ein verlässliches Steuersystem und eine Justizreform zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren – steht bis heute so richtig auf der Agenda. Die Tatsache, dass das Offensichtliche kaum angegangen wird, weist auf fehlende Anreize und mangelndes institutionelles Wissen hin.

Griechenland ist aber nur ein Beispiel für ein Grundproblem der EU. Sie steckt ähnlich wie vor 30 Jahren in der Krise. Kern der Krise damals wie heute: Die Integration in den Mitgliedstaaten stagniert. Seit dem Einbruch der Finanzmärkte 2008 driftet die Eurozone auseinander. Und die Rettungsprogramme der EU setzen dieser Entwicklung zu wenig entgegen.

Dabei strebt die EU seit Jahrzehnten eine realwirtschaftliche Konvergenz an. Wenn die Bürgerinnen und Bürger vor allem in der Eurozone die EU weiter unterstützen sollen, muss diese Vision erneuert werden: eine Konvergenz, bei der alle Mitgliedstaaten wirtschaftlich erstarren können. Das wird dann möglich, wenn insbesondere die Länder im Süden ihr Innovationspotential besser nutzen – Spanien und Portugal gehen bereits in diese Richtung.

Was fehlt, ist nicht Kapital, das Problem sind schlecht funktionierende staatliche Institutionen, zentraler Faktor in einer Welt, in der vor allem innovative Unternehmen und damit das Realkapital den Standort nach der Qualität dieser Institutionen auswählen. Griechenland zeigt, dass die Reformen dafür nicht mit Appellen angestoßen werden.

Zuletzt gelang es Brüssel vor 20 Jahren, Anreize für Veränderungen zu setzen. Damals erforderten die Maastricht-Kriterien eine Fülle von Reformen, von denen viele Länder, auch Griechenland, enorm profitierten. Die Konvergenz wurde

Ende der 90er-Jahre in den späteren Ländern der Eurozone Realität, gerade in Folge der Reformen.

Die EU hat es wieder in der Hand, Impulse zu setzen. Sie braucht ein neues Prestigeobjekt, einen „Pakt für Innovation“, bei dem das Innovationspotenzial und damit die Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten im Mittelpunkt stehen.

Neue Anreize müssen geschaffen und mit diesem Pakt verknüpft werden. Ziel sollte es sein, alle Länder der Eurozone in innovationsgetriebene Ökonomien zu transformieren. Ein solcher Vertrag bestünde aus drei Elementen: Erstens dem Zugang zu einem neuen Innovationsfonds, der die Strukturfonds ablöst und Investitionen in Innovationssysteme ermöglicht. Dieser Zugang ist zweitens an Strukturreformen geknüpft, für die jeder Staat mit der EU einen verbindlichen Fahrplan vereinbart, in Griechenland etwa die drei oben genannten Reformen. Um Anreize aufrechtzuerhalten, gibt es weitere Mittel immer dann, wenn Reformen umgesetzt werden. Drittens erhalten potentielle Reformstaaten beim Aufbau besserer Institutionen mehr Unterstützung durch die EU.

Es bedarf erneut eines Kraftaktes der EU, um eine solche Agenda mit reformbereiten Regierungen zu vereinbaren. Und der Pakt braucht Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger. Parlamente in den Ländern müssen einem solchen Vertrag zustimmen; nach Möglichkeit durch Regierungen, die für diesen Pakt zuvor eingetreten und durch Wahlen legitimiert sind.

Angesichts des zunehmenden Europaskeptizismus lohnt ein Blick in die Vergangenheit. Jacques Delors setzte der letzten Krise durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarkts ein Ende. Heute wirken Brüssels Politiker verzagt, sie sehen nicht die Zeit für eine Vertiefung der EU und überlassen nationalistischen Populisten die Bühne. Die EU darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben, wenn sie ein wirtschaftlich starkes Europa aufbauen will. Sie muss den in Maastricht begonnenen Transformationsprozess fortsetzen.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Ilka Müller  
Mathilde Richter  
Miranda Siegel  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Jörn Richstein  
Alexandra Fedorets

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE GmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.